daß es trotz aller positiven Ergebnisse, die der deutsch-polnische Journalistenaustausch gezeitigt hat, immer noch Dinge gibt, die verbessert werden können, an denen gearbeitet werden kann und sollte und muß.

Deshalb will ich nicht länger vom beabsichtigten gemeinsamen Tun abhalten und das Wort wieder abgeben.

Ich darf unserer Tagung den denkbar besten Verlauf wünschen.

Marian Podkowiński

KRITERIEN UND BEURTEILUNGEN

Als in Warschau vor zehn Jahren, am 7. Dezember 1970, der Vertrag über die Grundlagen der Normalisierung in den Beziehungen zwischen unseren Ländern — auch von der öffentlichen Meinung Europas als ein Meilenstein auf dem Wege zur Festigung des Friends auf unserem Kontinent anerkannt — unterzeichnet wurde, erklärte der damalige Bundeskanzler Willy Brandt als einer der Architekten dieser Verständigung in seiner von Schloß Wilanów bei Warschau aus erlassenen Botschaft an seine Landsleute in der Bundesrepublik:

"Wir haben den Mut, ein neues Blatt der Geschichte aufzuschlagen. Dies sollte vor allem der jungen Generation zum Vorteil gereichen, die unter friedlichen Bedigungen aufgewachsen ist, und keine Verantwortung dafür, was geschehen ist trägt, trotztdem jedoch unter der Bürde der Kriegsfolgen leidet, weil niemand vor der Geschichte seines eigenen Volkes fliehen kann".

Diese ernsten und zugleich redlichen Worte sind unserer Aufmerksamkeit nicht entgangen, ebenso wie die Erklärung des damaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann, der an das bereits historische Geschehen des jüngsten Jahrhunderts anknüpfte und zugleich in die Zukunft blickte, zu deren Chancen u.a. der gerade in Warschau abgeschlossene Vertrag gehören sollte, als er sagte:

"...noch immer nicht vollends begriffen wurden die Ursachen der Niederlage von 1918. Hundert Jahre des Deutschen Reiches bedeuten ja gerade, daß es ein Versailles nicht einmal, sondern zweimal — 1871 und 1918 — gegeben hat. Und das wiederum bedeutet auch Auschwitz, Stalingrad und die bedingungslose Kapitulation im Jahre 1945..."

Genau hundert Jahre nach der Gründung des Bismarckschen Reiches wurde in Warschau ein Normalisierungsabkommen unterzeichnet, das den Frieden zwischen unseren Ländern ankündigen sollte. Durch diesen Vertrag erklärte sich die Bundesrepublik nicht nur zu einem souveränen, auf den Trümmern des Dritten Reiches aufgebauten Staat, sondern unternahm auch den Versuch, die böse Vergangenheit zu überwinden. Die neue Ostpolitik der sozialliberalen Regierungskoalition war denn auch als eine grundsätzliche Wende in der bisherigen Außenpolitik Bonns und als Ankündigung einer Normaliserung der Beziehungen zwischen Ost und West konzipiert. Es war zweifellos ein eine neue Zeit einleitendes Ereignis in der Politik des bis dahin vom kalten Krieg heimgesuchten Europas — mit Aussicht auf Aufrechterhaltung der Entspannungsatmosphäre und Festigung des Friedens — auf der Grund-

lage des bestehenden politischen und territorialen Status quo in Europa. Willy Brandt drückte dies damals so aus: "Der in Warschau unterzeichnete Vertrag wird die böse Vergangenheit abschließen – auch im Hinblick auf die Westgrenze Polens. Niemand hat uns dazu gezwungen. Wir sind zu reifen Menschen geworden. Es handelt sich also um einen Beweis für unsere Reife und um den Mut, die Wirklichkeit anzuerkennen."

Darum ging es auch schon die ganze Zeit, seitdem die Bundesrepublik überhaupt besteht. Denn polnischerseits gab es immer die Bereitschaft zu Normalisierungsverhandlungen, auch zur Regierungszeit von Konrad Adenauer. Davon zeugte unsere Bereitschaft zur Unterzeichnung des Abkommens über die gegenseitigen Handelsvertretungen im März 1963, die unseren Außenhandelsbeziehungen entsprechende Formen verliehen hat. Als es jedoch hieß, den nächsten Schritt zu tun, da ging den damaligen Bonner Regierungskreisen bereits der Atem aus. Erst die sich nach dem erfolgten Regierungswechsel in Bonn abzeichnenden Symptome bevorstehender Wandlungen in der Ostpolitik ermöglichten Władysław Gomułkas denkwürdige Initiative, der am 17. Mai 1969 Bonn gegenüber die Aufnahme von Verhandlungen anbot und das entsprechend unserem Grundsatz, daß es für Polen kein Grenzproblem mehr, sondern nur ein Problem, die Erhaltung des Friends gibt. Es bleibt das historische Verdienst der Regierung Willy Brandts und Walter Scheels, daß sie in der polnischen Initiative auch eine Chance für die Bundesrepublik erkannten. Nur in einer Atmosphäre des gegenseitigen Verständnisses für die Notwendigkeit einer Normalisierung der Beziehungen und der sich daraus auch für die Festigung des europäischen Friedens ergebenden Vorteile, konnte es zur endgültigen gegenseitigen Abstimmung des Wortlauts eines Vertrags kommen, der zu Fundament von neuartigen Beziehungen nicht allein zwischen unseren Ländern wurde. Denn seine Unterzeichnung erschloß den Weg zur Verwirklichung eines Systems der Sicherheit und wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Europa. Somit wurde den Völkern ein Ausweg aus der Sackgasse geboten, die den weiteren Rüstungswettlauf und das unaufhörliche Balancieren am Rande des Krieges für Europa bedeutet hätte.

Polen begriff durchaus die große Bedeutung, auch die noch bestehenden letzten Quellen von unnötigen Spannungen im internationalen Leben zu beseitigen, und nahm als Verhandlungsgrundlage den tatsächlichen Zustand in Europa an. Polen war daran interessiert, daß auch die Bundesrepublik Deutschland – ein Vierteljahrhundert nach der Niederlage des Dritten Reiches und nach der Stabilisierung der Lage auf unserem Kontinent – den europäischen Status quo anerkennt. Denn ohne eine solche Anerkennung dürfe es kaum möglich sein, von einem Entspannungprozeß in Europa zu reden, nachdem die Welle des kalten Krieges, dessen alle schon recht müde waren, allmählich verebbte. Es ging uns dabei durchaus nicht um eine zusätzliche "Absicherung" unserer Westgrenze, die ohnehin von niemandem ernstlich in Frage gestellt werden konnte, und die ja inzwischen zur Friedensgrenze zwischen Polen und der DDR geworden war, sondern um den Abbau und Verhinderung von weiteren Spannungen. Also, um das allegemeine Wohl Europas, u.a. auch der Bundesrepublik Deutschland.

Natürlich war sich auch die Regierung von Bundeskanzler Brandt, als sie ihre neue Ostpolitik begann, dessen nur allzu bewußt, welch große politische Vorteile

sich aus der Normalisierung der Beziehungen mit Polen ziehen ließen. Die neue Ostpolitik war ja als ein Ausweg aus der politischen und diplomatischen Sackgasse konzipiert, in die die CDU während der Regierungsperiode Ludwig Erhards, und später Kurt Georg Kiesingers, geraten war. Die Außenpolitik konnte nicht länger nach der sog. Hallsteidoktrin geführt werden, die auch den westlichen Verbündeten der Bundesrepublik immer mehr Schwierigkeiten bereitete. Sie hatte sich angemaßt, sich – in puncto Anerkennung der DDR-Regierung – in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen und in gewissem Maße sogar die Souveränität ihrer NATO- bzw. EG-Bündnispartner einschränken zu können. In Bonn war man sich darüber im klaren, daß die sich allmählich abzeichnende Entspannung – unter den neuen Entwicklungsbedigungen der europäischen Beziehungen, vornehmlich der Wirtschaftsbeziehungen – mit der neuen Ostpolitik eine bedeutende Chance für Bonn in ganz Europa erschließen könnte. Die gesamte Politik der Brandt-Regierung, die dann von der Regierung Helmut Schmidts und Hans-Dietrich Genschers übernommen und erfolgreich fortgesetzt wurde, war gleichsam auf diesem Axiom der neuen europäischen Wirklichkeit aufgebaut, die nach einem Ausweg aus der Zwickmühle des kalten Krieges suchte.

Als Polen seine Verhandlungen mit der Bundesregierung begann, war es sich ebenfalls der neuen Möglichkeiten bewußt, die aus dem Abbau der zwischen Warschau und Bonn bestehenden Spannungen erwuchsen. Und somit auch der Einleitung eines Prozesses, dessen Finale die Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki 1975 darstellte. Trotzdem waren wir uns von Beginn der Verhandlungen an darüber im klaren, daß der Normalisierungsprozeß nicht so ganz glatt ablaufen würde. Hatten sich doch in der Vergangenheit allzu viele Belastungen angestaubt, als daß die einzelnen Etappen der Normalisierung reibungslos hätten abgewickelt werden können. Diese Reibungen mußten schon im Hinblick auf den in der Verfassung der Bundesrepublik verankerten Grundsatz vom Weiterbestehen Deutschlands in den Grenzen von 1937 auftreten. Andererseits jedoch war für ganz Europa die Tatsache von großer Bedeutung, daß sich trotz vorübergehender Rückschläge und vorübergehendem Stillstand der politische Realismus in Anlehnung an den Status quo der Nachkriegsperiode allmählich durchzusetzen begann. Unsere diplomatische Initiative und deren Ergebnisse sollten positiv in die Geschichte unseres Kontinents eingehen und Polen Sympathie und Anerkennung einbringen. Blieb doch unsere Politik der friedlichen Koexistenz und unsere Einstellung zum Normalisierungsprozeß auch weiterhin eindeutig. Die Haltung der einzelnen politischen Kräfte in der Bundesrepublik beurteilten wir stets und beurteilen auch weiterhin nach deren Einstellung zur Sache der Entspannung und des Friends. Unsere Abkommen und Vereinbarungen mit der Bundesrepublik betrachten wir als einen Prüfstein nicht nur unserer gegenseitigen Beziehungen, sondern auch der europäischen Kräftegruppierung. Wir hegen jedoch den Wunsch, daß diese Wahrheit auch in der Bundesrepublik (und zwar nicht nur unter den realistisch denkenden Menschen) die Gesellschaftsschichten bzw. politischen Kreise erreicht, die für die Geschicke ihres Staates mitverantwortlich sind. Die Wirklichkeit ist leider anders. Der Wahlkampf vor den letzten Bundestagswahlen hatte bewiesen, daß man sich in bestimmten politischen Kreisen noch zahlreichen Täuschungen hingibt. Ich vertrete zwar die Ansicht, daß es auch in konservativen Kreisen, also auch in der CDU und

wohl auch in der bayrischen CSU, Menschen gibt, denen an guten Beziehungen zu Polen gelegen ist, nicht sie sind es jedoch, die in ihrem Milieu die Oberhand gewinnen. Wie oft schon versicherte man mir – bei Gesprächen mit CDU-Vertretern oder auf verschiedenen Treffen anläßlich des deutsch-polnischen Forums – die aufrichtigsten Intentionen, die zur Versöhnung mit Polen führen sollen. In der Praxis wurden jedoch denjenigen, die ihren Normalisierungs-auftrag ernst nahmen und beharrlich verwirklichten, unaufhörlich Knüppel zwischen die Beine geworfen. Es genügt, die Stenogramme der Bundestagssitzungen durchzusehen, um sich die Mühe ersparen zu können, all die Heuchler und Gleisner beim richtigen Namen zu nennen. Man versucht uns zwar auch von dieser Seite her zu versichern, daß der Grundsatz "pacta sunt servanda" gilt, zugleich wird jedoch denjenigen, die die abgeschlossenen Verträge ablehnen oder geradezu darin ihre Lebensaufgabe erblicken, sie als "Verrat an den nationalen Interessen" zu brandmarken, freie Hand gegeben.

Die christdemokratische Opposition in Bonn vergißt allzu oft, welch bedeutende Vorteile die Bundesrepublik gerade aus der Normalisierung der Beziehungen zu den sozialistischen Staaten gezogen hat. Die Tatsache, daß der Vertreter der Bundesrepublik zum Vorsitzenden der UNO-Vollversammlung 1980 – kaum sieben Jahre nach der Aufnahme der BRD in diese Organisation – werden konnte, ist ja letztendlich ein Ergebnis der 1970 durch die Unterzeichnung der Normalisierungsverträge eingeleiteten Entwicklung. Die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen, der bedeutende Personenverkehr durch die Entwicklung der Touristik, der Kulturaustausch, die weite Öffnung zum Osten Europas, von der Bundesrepublik durch neue Perspektiven einer Zusammenarbeit erschlossen. Somit wurde der BRD ein aktives Handeln dort überall ermöglicht, wo das noch unlängst ausgeschlossen erschien. Wieviel Stoff zum Nachdenken über die Bewältigung der bösen Vergangenheit bot ganz Europa, doch die Tatsache, daß Willy Brandt vor dem Denkmal der Helden des Warschauer Gettos niederkniet, und daß Bundeskanzler Schmidt seine historische Rede vor der Todesmauer des Konzentrationslagers Auschwitz halten konnte! Das ist sicher keine nebensächliche Angelegenheit beim "Ausgleich geschichtlicher Rückstände".

Wenn auch die sich aus dem Normalisierungsprozeß ergebenden Vorteile für beide Seiten offenkundig sind und unaufhörlich – trotz bestehendem Nachholebedarf – von uns hervorgehoben werden, und obwohl sich die Lösung mancher Probleme nur mühsam fortschleppt (hier müßte vor allem das Problem der Schulbuchrevision wie auch der geographischen Beziehungen und der doppelten Staatsangehörigkeit genannt werden), so dürfen wir dennoch nicht mit verschränkten Armen den Umtrieben von denjenigen in der Bundesrepublik zusehen, die ausdrücklich darauf aus sind, aus hartnäckigem Infragestellen der Verträge politisches Kapital für sich zu schlagen. Diesen Kreisen, die im Torpedieren der Verwirklichung der abgeschlossenen Verträge den Hauptzweck ihrer (übrigens zu den Interessen der Bundesrepublik in Widerspruch stehenden) Politik erblicken, möchte ich die Worte von Carlo Schmid ins Gedächtnis zurückrufen, der noch kurz vor seinem Tode, im Dezember 1979, vor einem Behindern bzw. Lahmlegen der Ostpolitik der sozialliberalen Regierungskoalition warnte. Einer der Väter der Bundesrepublik und der Mitschöpfer des Bad-Godesberger-SPD-Programms schrieb damals (1979) in seinem an den Bundeskanzler gerichteten Brief:

"Wenn es die Ostverträge nicht gäbe, wäre die Bundesrepublik auch vom Westen isoliert, denn nur dank diesen Verträgen erlangte sie Handlungsfreiheit in ihrer Außenpolitik. Wenn es diese Verträge nicht gäbe, wäre sie unaufhörlich ausländischem Druck ausgesetzt. Somit ist also die Bundesrepublik von einer Art Protektoratszustand zum geachteten Mitglied der Völkerregierung (UNO) aufgestiegen und ihre Stimme kann selbst durch die Weltmächte nicht mehr unbeachtet bleiben."

Carlo Schmid, der Willy Brandt bei dessen Besuch in Warschau begleitete und sich auch schon früher wiederholt für eine Normalisierung der Beziehungen mit Warschau eingesetzt hatte, wußte – wie dies aus seinen kurz vor dem Tode herausgegebenen Memoiren hervorgeht – sehr gut, wieviel die Bundesrepublik ihrer neuen Normalisierungspolitik der Beziehungen mit Polen und anderen Staaten Osteuropas zu verdanken hatte. Denn die Entspannung gewährleistet schließlich auch der Bundesrepublik die Möglichkeit, in Frieden und für den Frieden zu wirken. Das war auch der letzte Rat dieses Politikers und Wissenschaftlers, der sich zu Lebzeiten großer Achtung bei allen Parteien der Bundesrepublik erfreute. Anläßlich des zehnjährgen Jubiläums unserer Verträge ist es heute wohl angebracht, auch diese Stimme in Erinnerung zu bringen. Sie zeugt von jener Wahrheit, die den Signatarstaaten des Vertrags von Warschau vorschwebte, als sie im gròßen Saal des Radziwiłłpalastes ihre Unterschriften unter ein Dokument setzten, das ein neues Zeitalter in unseren gegenseitigen Beziehungen einleitete.